

An

unsere Pfarrer und Ältesten !

1. Ein schweres Mißverständnis

Die am 30. Oktober von den vier Bischöfen dem Kirchenminister schriftlich ~~abgegebene~~ Erklärung lautet entgegen unserer vorigen Mitteilung nach der Veröffentlichung von Landesbischof D. Marahrens folgendermaßen:

„Wir stellen fest, daß das von der Vorläufigen Leitung am 27. Sept. 1938 herausgegebene Rundschreiben betr. Abhaltung von Gebetsgottesdiensten anlässlich bevorstehender Kriegsgefahr von uns aus religiösen und vaterländischen Gründen mißbilligt und für unsere Kirchen abgelehnt worden ist. Wir verurteilen die darin zum Ausdruck gekommene Haltung auf das Schärfste und trennen uns von den für diese Kundgebung verantwortlichen Persönlichkeiten“.

(Die unterstrichenen Worte gehen über den von uns mitgeteilten Wortlaut hinaus).

D. Marahrens fügt dieser Erklärung folgende Auslegung in seinem Wochenbrief vom 17. XI. 1938 hinzu:

„Es ist festzustellen, daß sich in dieser Erklärung eine Verurteilung der Vorläufigen Leitung wegen ‚volks- und staatsverräterischen Verhaltens‘ nicht findet. Ein Urteil über diesen Fragenkomplex abzugeben steht Führen der Kirche nicht zu. Es würde auch nach unserer Überzeugung den Absichten der Vorläufigen Kirchenleitung nicht gerecht geworden sein“. -

Hierzu ist zu fragen, ob die Mißbilligung „aus religiösen und vaterländischen Gründen“ nicht auch ein politisches Urteil ist. Und steckt nicht selbst in der Auslegung ein politisches Urteil, wenn man einräumt, daß die Absichten der Vorläufigen Leitung nicht aus volks- und staatsverräterischem Verhalten entsprungen angenommen werden? Darf ein Christ nicht einstehen für die politische Ehre des Bruders?

2. Noch ein schweres Mißverständnis

Das DNB veröffentlichte Mitte November folgende Mitteilung, die von vielen Zeitungen mit besonderer Überschrift versehen wurde:

„Einheitsfront in der Evangelischen Kirche gegen Volksschädlinge. Die Tage höchster außenpolitischer Spannung haben in der Evangelischen Kirche gewisse religiös-fanatisierte Kreise benutzt, um unter dem Vorwand vom Bittgottesdiensten ihrer staatsfeindlichen Gesinnung Ausdruck zu geben und zu versuchen, die Geschlossenheit der deutschen Volksgemeinschaft zu stören. Die sogenannte ‚Vorläufige Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche‘, eine kirchen- und staatsrechtlich völlig illegale Organisation, hatte zum 30. September eine Bittgottesdienstordnung für alle Kirchenregierungen und ‚Bruderräte‘ empfohlen, die allerdings gegenstandslos wurde, weil an diesem Tage die Einigung von München bereits erfolgt war.“

In einmütiger Geschlossenheit haben sämtliche evangelischen Kirchenregierungen Deutschlands, von den Deutschen Christen bis zu den Landesbischöfen Marahrens, Meiser, Wurm und Kühlewein dem Reichskirchenminister mit ihrer Unterschrift versichert, daß sie „das Rundschreiben aus religiösen und vaterländischen Gründen mißbilligen, die darin zum Ausdruck gekommene Haltung auf das Schärfste verurteilen und daß sie sich von den für diese Kundgebung verantwortlichen Persönlichkeiten trennen“. Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten hat sofort unter Sperrung des gesamten Gehaltes ein Disziplinarverfahren

mit dem Ziele der Dienstentlassung gegen die Mitglieder der sogenannten 'Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche' veranlaßt. Diese Maßnahme ist später auf die Personen ausgedehnt worden, die als verantwortlich für die sogenannten Bruderräte verschiedener Landeskirchen zeichnen und sich in dieser Sache hinter die sogenannte 'Vorläufige Leitung' gestellt hatten".

3. Noch ein drittes schweres Mißverständnis

Die nationalkirchlichen D.C. wandten sich mit folgender Proklamation an die Öffentlichkeit:

"1. Der bekannte Brief des Theologieprofessors Karl Barth und das Rundschreiben der vorläufigen Kirchenleitung, die in den Tagen drohender Kriegsgefahr veröffentlicht wurden, haben vor aller Welt deutlich gemacht, daß die hintergründigen Drahtzieher der Bekenntnisfront nicht aus religiösen, sondern aus politischen Gründen handeln. Mit Genugtuung stellen wir fest, daß nach jahrelangem Kampf heute mit uns Deutschen Christen sämtliche evangelische Kirchenführer und die überwältigende Mehrheit der deutschen Protestanten sich von dieser gegen den Nationalsozialismus gerichteten Bekenntnisfront endgültig losgesagt haben.

2. Der den Protestantismus verwüstende Streit in der evangelischen Kirche beruht entscheidend auf dem volksfremden, klerikalen Dogmatismus und auf der lieblosen Intoleranz, die von ebendenselben Drahtziehern den evangelischen Theologen in der Systemzeit eingeeimpft wurden. Mit Genugtuung stellen wir fest, daß nach jahrelangem Kampf heute mit uns Deutschen Christen sämtliche evangelischen Kirchenführer und die überwältigende Mehrheit der deutschen Protestanten christliche Toleranz für den allein möglichen Weg halten.

3. Damit ist ein Ansatzpunkt für die Überwindung des Kirchenstreites gegeben. Ein unbedingtes Ja zu Volk und Staat und die Anerkennung evangelischer Glaubens- und Gewissensfreiheit sind die unaufgebaren Voraussetzungen für das Leben einer christlichen Kirche. Zum ersten Mal seit 1933 hat sich heute die überwältigende Mehrheit der deutschen Protestanten wieder zu diesen Voraussetzungen bekannt.

4. pp. "-

4. Wie gewonnen, so zerronnen !

Nach all diesen propagandistisch vor der deutschen und kirchlichen Öffentlichkeit gemachten Versuchen, die Vorläufige Kirchenleitung zu belasten, haben die Bischöfe folgenden Brief abgesandt:

"An den Herrn Reichsminister
für die kirchlichen Angelegenheiten
Berlin SW, Leipzigerstr. 3

Berlin, den 18.XI. 1938

Herr Reichsminister !

In der letzten Woche hat das DNB eine Mitteilung veröffentlicht, die geeignet ist, schwere Mißverständnisse hervorzurufen. Sie kann, wie aus zahlreichen uns zugegangenen Anfragen von Pfarrern und Kirchengliedern hervorgeht, so aufgefaßt werden, alsob die Landesbischöfe die Beschuldigung einer staatsverräterischen Handlung gegen die bisherigen Mitglieder der VKL sich zu eigen gemacht und sich in eine kirchliche Einheitsfront mit den Nationalkirchlern begeben hätten.

Wir brauchen nicht zu wiederholen, daß wir nach wie vor die Herausgabe jener liturgischen Ordnung für einen schweren Mißgriff halten, den wir nicht mitverantworten können. Sie werden sich aber erinnern, Herr Reichsminister, daß wir in der Unterredung vom 29. Okt. die Persönlichkeiten, die für die Herausgabe jener Ordnung verantwortlich sind, gegen den Vorwurf staatsverräterischen Verhaltens ausdrück-

lich in Schutz genommen haben, besonders auch mit dem Hinweis darauf, daß sie schon vor Wochen und dann noch einmal anlässlich des Bekanntwerdens des Briefes von Karl Barth an Professor Hromádka einen klaren Trennungsstrich zwischen sich und diesem ihnen bisher nahestehenden Theologen gezogen haben. Wir haben es aus diesem Grunde auch abgelehnt, den uns vorgelegten Entwurf, der die Beschuldigung einer volks- und staatsverräterischen Haltung enthielt, zu unterzeichnen, und eine Formulierung gewählt, die diese Beschuldigung vermied.

Ebenso stellen wir fest, daß wir ausdrücklich und absichtlich mehrfach betont haben, daß wir mit den kirchlichen Kreisen, die in der VKL ihre Vertretung sehen, verbunden sind in dem Bestreben, eine Neuordnung der DEK zu erreichen, die ihrer in Artikel 1 der Verfassung vom 11. Juli 1933 festgelegten Bekenntnisgrundlage entspricht und eine dem Wesen der Kirche gemäße Verwaltung ermöglicht, wie das ja auch in den Ihnen kürzlich übermittelten Grundsätzen ausgesprochen ist. Unsere grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber den nationalkirchlichen Zielen bleibt nach wie vor bestehen.

Um der Klarheit und Wahrheit willen glauben wir Ihnen, Herr Reichsminister, diese Erklärung schuldig zu sein und sehen uns auch genötigt, unsere Pfarrerschaft, aus deren Mitte uns zahlreiche Anfragen zugehen, in diesem Sinne zu informieren.

Heil Hitler !

gez. D. Marahrens
D. Meiser
D. Wurm

(Landesbischof D. Kühlewein wurde dieses Schreiben zur Unterzeichnung vorgelegt).

5. Was nun ?

Aus der vorstehenden Erklärung der Bischöfe geht eindeutig hervor, daß sie nunmehr ein eingeschränktes Urteil über die Ordnung des Gebetsgottesdienstes („schwerer Mißgriff“) abgeben, daß sie wie am 29. Okt. so auch heute nicht nur stillschweigend, sondern ausgesprochen und öffentlich den Vorwurf staatsverräterischen Verhaltens ablehnen, daß sie in gar keiner Weise in eine Einheitsfront mit den nationalkirchlichen DC gestellt werden wollen, daß sie auf keinen Fall sich von der Bekennenden Kirche getrennt wissen wollen. Wir sind es daher der kirchlichen wie deutschen Öffentlichkeit schuldig, so gut wie wir es vermögen, dafür zu sorgen, daß diese Tatbestände bekannt werden. „Um der Klarheit und Wahrheit willen“ muß jedermann unterrichtet werden.

Man muß vor allen Dingen darauf verweisen, daß die Bischöfe „sich in dieser Sache“ (Vorwurf des Volks- und Landesverrates) mit den Bruderräten hinter die „Vorläufige Kirchenleitung“ gestellt haben ! Inzwischen gehen die Maßnahmen (Sperrung des gesamten Gehaltes und Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung) gegen diejenigen, die sich in dieser Sache hinter die Vorläufige Kirchenleitung gestellt haben, weiter. Bisher sind folgende Brüder von diesen Maßnahmen betroffen:

<u>von der VKL:</u>	Pfr. <u>Müller-Dahlem</u> , Pfr. Dr. <u>Böhm-Lichterfelde</u> , Superintendent lic. <u>Albertz-Spandau</u> , Pfr. <u>Forck-Hamburg</u>
<u>in Altpreußen:</u>	Pfr. <u>von Rabenau-Berlin</u> , Pfr. <u>Scharff-Sachsenhausen</u> , Pfr. <u>Bockemühl-Wppt.-Kronenberg</u>
<u>in Nassau-Hessen:</u>	Pfr. lic. <u>Fricke-Frankfurt</u> , Pfr. <u>Luyken-Frankfurt</u> , Pfr. lic. <u>Fresenius-Frankfurt</u> , Pfr. <u>Adam-Frankfurt</u> , Pfr. <u>Rumpf-Wiesbaden</u>
<u>in Oldenburg:</u>	Pfr. <u>Kloppenburg-Wilhelmshafen</u>
<u>in Hamburg:</u>	Pfarrer <u>Wilhelmi</u>
<u>in Anhalt:</u>	Pfr. <u>Schröter-Bernburg</u> , Pfr. <u>Schmidt-Dessau</u>
<u>in der Pfalz</u>	Pfr. <u>Wilhelmi-Thaleischweiler</u> -

Außer diesen Mitgliedern der Landesbruderräte haben nun auch die Pfarrer in einzelnen Landeskirchen durch eine unterschriebene Erklärung dem Kirchenminister mitgeteilt, daß sie die Ordnung des Gebetsgottesdienstes vom 30. Sept. als ein kirchliches Zeugnis bejahen. So haben z.B. in Berlin in wenigen Tagen 180 Pfarrer eine derartige Erklärung unterzeichnet.

6. Weitere Vorgänge

Wie wir erfahren, hat die Laiensynode des Reichskirchenministers inzwischen getagt. Am 25. und 26. November tagte ihr vorbereitender Ausschuß in der Reichskirchenkanzlei, um die formulierten Vorschläge des Ministers zu beraten, am 29. November soll die Synode selbst in Berlin getagt haben. Näheres ist darüber z.Zt. noch nicht bekannt. Inzwischen ist durch Rundschreiben der kirchlichen Öffentlichkeit bekannt gegeben, daß eine „volkskirchliche Arbeitsgemeinschaft der DEK“ besteht. Sie gibt sich durch Veröffentlichung der Ordnungsvorschläge des Reichskirchenministers einen hochamtlichen Charakter und fordert zu unterschriftlicher Anerkennung des ministeriellen Ordnungsvorschlages auf. Wenn diese Arbeitsgemeinschaft nicht die kirchenpolitische Gründung der Mitglieder des Kirchenministeriums Muhs und Stahn sein sollte, über die unlängst öffentlich etwas verlautete, so liegt die Annahme nahe, daß sie als Organ des Reichskirchenministers in die kirchliche Lage einzugreifen bestimmt ist. Auf die veröffentlichten Vorschläge des Reichskirchenministers, die zur Stellungnahme in aller Form unterbreitet werden, wird noch zurückzukommen sein. Gleichwohl kann angenommen werden, daß die inzwischen geschehene Einberufung der Laiensynode aus den veröffentlichten Vorschlägen, die am 29. November durch die Post zugestellt wurden, an eben demselben 29. November schon Beschlüsse gemacht hat.

7. Beitragskarten für 1939

Wir bitten die Beitragskarten für das kommende Jahr frühzeitig bei der Geschäftsstelle in Essen anzufordern. Lieferung erfolgt ohne Kosten.

Der R a t